

Jahrzehntelange Basisarbeit findet Beachtung

Mehr Bürgerbeteiligung, ein Verbot von Konzernspenden an Parteien und jedes EU-Land muss selbst für seine Schulden selbst haften. So lauten die Kernforderungen der FREIEN WÄHLER zur Bundestagswahl.

Bei gestern veröffentlichten Umfrageergebnissen wurde für die FREIEN WÄHLER auf Bundesebene ein Wählerpotenzial von 22% festgestellt. **Die Umfrage wurde im Auftrag des ZDF-Politbarometer durchgeführt.**

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Öhlenschläger dazu: "Diese Zahlen sind für mich der Beweis, dass die jahrzehntelange Basisarbeit der FREIEN WÄHLER doch wahrgenommen wird. Die Wählerinnen und Wähler vertrauen auf unsere Leute und auf unsere Ideen.

Einzig und allein beim Medieninteresse sehe ich derzeit noch ein Defizit. Wir werden das jedoch genauso meistern wie es die FREIEN WÄHLER in Bayern geschafft haben".

Laut ZDF-Politbarometer sind fast drei Viertel in ihrer Wahlabsicht nicht festgelegt. Neben der geäußerten Wahlabsicht ist es für einen Großteil (72%) der Befragten prinzipiell denkbar, auch eine andere oder sogar mehrere andere Parteien zu wählen.

So könnten sich, einschließlich derer, die dies konkret vorhaben, insgesamt 60% vorstellen, ihre Stimme der CDU/CSU zu geben, für die SPD könnten sich - oder haben sich schon 44% entschieden und für die Grünen 42%.

Wesentlich geringer fällt dieser Anteil laut ZDF-Politbarometer für die FDP mit 18% und für die Linke mit 15% aus. Bei den anderen Parteien verfügen die Freien Wähler mit 22% über das größte Potenzial, vor den Piraten mit 11% und der Alternative für Deutschland mit 9%. Insgesamt geben nur 28% an, bei ihrer Wahlentscheidung auf eine einzige Partei festgelegt zu sein und sich nicht vorstellen zu können, irgendeine andere Partei zu wählen.

Öhlenschläger, der gleichzeitig Landeschef der FREIEN WÄHLER in Hessen ist, kommentiert abschließend: "Bei den Kommunalwahlen im Jahr 2011 wurden die FREIEN WÄHLER erneut zur drittstärksten Kraft in Hessen. Nur übertrumpft von SPD und CDU, konnten die FREIEN

WÄHLER deutlich die drittmeisten Mandate in den Städten und Gemeinden erringen. **Die Wählerinnen und Wähler sehen in unserer Sachpolitik eine echte Alternative zu den etablierten Parteien.**